

Versteht täglich
nachmittags 4 Uhr mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis
monatl. 50 Pf., vierteljährl. 1.50 M.
praenumerando bei freier Zustellung.
Durch die Post bezogen 1.65 M.
Verstehtungsliste 6255a, Nachtrag VII.

Volksblatt

Infektionsgebühren
betragt für die 4 gepaltene
Beitragteile oder deren Raum 15 Pf.
für Vereins- und Versammlungs-
anzeigen 10 Pf.
Inserate für die fällige Nummer
müssen spätestens bis vormittags
1/10 Uhr in der Expedition
aufgegeben sein.

für Halle und den Saalkreis.
Organ zur Wahrung der Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Redaktion und Expedition: Gr. Ulrichstraße 17, Eingang Silbergasse.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle/Saale.

Nr 103.

Halle a. S., Dienstag den 5. Mai 1891.

2. Jahrg

Allgemeines Steigen der Brot- und Getreidepreise.

An der Berliner Börse sind die Weizenpreise seit zwei Monaten um 30 M. gestiegen. Großhändler behaupten, das sei allein von den Börsenmännern verschuldet. Wir fühlen nun gar kein Bedürfnis, das Gebahren dieser Spekulanten, Aufschwung und Drohen zu verteidigen; aber alle Schuld tragen sie nicht. Deutschland erzeugt einfach nicht die Menge Getreide, die es braucht. Durch die unbändig hohen Getreidepreise wurde aber die auswärtige Zufuhr erschwert. Wer nicht kaufen mußte, wartete noch zu. Witterweisse haben Schweden und Norwegen, Frankreich und andere Länder den russischen Markt so ziemlich geräumt, und Deutschland hat das Nachsehen. Und die Preise werden in dem Vierteljahr bis zur Ernte noch in ganz anderer Weise emporschnellen. Vorrat im eigenen Lande ist so gut wie keiner vorhanden. Was in Oesterreich-Ungarn und anderswo auf Lager liegt, gehört den Großspekulanten und wird zurückgehalten, teils um die Preise zu schnellen, teils um das Inkrafttreten des neuen Handelsvertrages mit Deutschland abzuwarten, der bekanntlich die Herabsetzung des Kornzolles von 5 auf 3 1/2 M. festsetzt.

Eine stürmische Steigerung der Getreidepreise wird nach der „Neuen Freien Presse“ in Wien nicht durch die Befürchtung einer Misere allein, sondern auch durch die Erkenntnis hervorgerufen, daß man sich in ganz Europa über den Stand der Vorräte getäuscht hat. In Erfurt sind nach der „Voss. Ztg.“ die Brotpreise in die Höhe gegangen, von 12 auf 14 Pf. für 1/10 Kilo. Das ist gegen den früheren Preis von 10 Pf. für das Pfund eine Steigerung um 40 Proz. Auch die Preise für Kartoffeln haben eine wohl noch nicht dagewesene Höhe erreicht. Am letzten Markttage kam der Zentner auf 4.50 M. und es steht noch ein weiteres Steigen zu befürchten.

In anbetragt der gegenwärtigen hohen Getreidepreise haben die Leipziger Wäcker eine Erhöhung der Brotpreise um 3 Pf. für ein Sedzspunbrot beschlossen. Dasselbe kostet jetzt 75 Pf. Eine gleichlautende Nachricht liegt auch aus Plauen i. G., sowie mehreren anderen sächsischen Mittelstädten vor.

Von der preussisch-österreichischen Grenze, 20. April, meldet die „Zett. Ztg.“: Die Mehlpreise steigen bei uns von Tag zu Tag, während unsere österreichischen Grenzschachbarn noch die früheren bei ihnen

geltenden Preise zahlen. Kostet bei uns der Zentner Roggenmehl 15 M., so drüben nur 11 M., also eine Differenz zu unseren Ungunsten von 4 M. pro Zentner. Bei kleineren Bezügen werden Preisunterschiede noch wesentlicher. Kein Wunder also, daß noch immer täglich ganze Scharen von Kindern aus den preussischen Orten auf österreichisches Gebiet ziehen, um die geselich gestatteten 3 Kilo Mehl Zollfrei nach Hause zu holen.

Aber in maßgebenden Kreisen, wo man so besorgt erscheint, daß der Arbeiter an seiner Unterhaltungsmöglichkeit Schaden leidet, wenn durch Geseß die Arbeitszeit beschränkt wird, regt man sich noch immer nicht, mit der Brotvertheuerung aufzuräumen.

„Wir geben einer Zeit entgegen,“ so schreibt der parlamentarische Korrespondent der „Breslauer Zeitung“, „in welcher die übermäßigen Getreidepreise unmöglich aufrecht erhalten werden können, und in welcher auch nicht Zeit übrig bleibt, zunächst noch mit drei oder vier Regierungen über Handelsverträge zu unterhandeln, bevor man die Ermäßigung eintreten läßt. Und dabei kann ein Punkt der Regierung nicht dringend genug ans Herz gelegt werden. Wenn man Zollsätze von einem Tage zum andern oder mit kurzer Frist ermäßigt, so werden die Inhaber der Handelsvorräte betroffen. In Konjunkturen, wie den heutigen, scheint sich jedermann, Vorräte hinzulegen, und dadurch wird die Lerneuerung noch vermehrt. Soll eine Zollermäßigung ohne schwere Erschütterungen des Verkehrs vor sich gehen, so muß sie möglichst schon Monate vorher genau bekannt sein. Ich habe den betrieblen Eindruck, daß die Regierung sich der Schwierigkeiten der Lage nicht voll bewußt ist.“

Auch die „Germania“ sieht das Ansteigen der Getreidepreise als höchst bedenklich an, trotzdem das Zentrum heute enger als je der konservativen Agrarierpartei affiliiert ist. Das norddeutsche Organ des Zentrums schlägt zur Abhilfe dieser Katastrophe einen neuen Zolltarif mit sogenannter gleitender Skala vor, d. h. je nach der Höhe der Inlandspreise verschiedene Zollsätze. Wenn z. B. der Weizenpreis eine gewisse Höhe erreicht hat, so wird der Zoll um eine entsprechende Stufe erniedrigt. Das Bemerkenswerte an diesem keineswegs neuen Vorschlage liegt darin, daß die englischen Agrarier, d. h. die Landlords 1888-46 ebenfalls mit diesem Ausnahmsmittel den Kornzoll retten wollten, als schon die Agitation gegen den Kornzoll überhaupt eine große Ausdehnung erreicht hatte und durch unproportionalen Brotteuerung unter-

stützt wurde. Ein bezüglicher Geseßvorschlag, der die freie Einfuhr erlaubte, wenn der Inlandspreis auf 80 sh. pro Scheffel gestiegen sein würde, wurde wirklich angenommen, hat aber den Kornzoll nicht retten können. 1846 fiel er, durch eine grandiose Agitation der anti-corn-law-league (Getreidezoll-Gegner) beseigt, und seither hat niemand daran gedacht, ihn wieder einzuführen.

Die Geseßichte der Aufhebung des Kornzolles in England wird noch jetzt bei uns zu wenig berücksichtigt, obgleich er auch für Deutschland vorbildlich sein wird. Wirklich haben die englischen Parteien damals ganz ähnlich wie die deutschen zu dieser Frage Stellung genommen, nur daß die Liberalen als Freigäbiger ganz entschiedene Gegner des Kornzolles und durch keine Rücksichten auf Industriezölle gebunden waren — und weiters mit der Ausnahme, daß es damals keinen Wechselbalg von Partei gab, wie das deutsche Zentrum, das in Norddeutschland aristokratisch ist, sich in Süd- und Westdeutschland aber als demokratisch geben will.

Bie bereits gestern angeführt, leitet sich gegenwärtig auch in Frankreich eine große Bewegung gegen den Getreidezoll ein; die Regierung hat bereits teilweise nachgeben müssen und einen bezüglichen Geseßentwurf mit einer Reduktion des Mehlpzolles von 6 auf 2 1/2 Frs. eingebracht. Das ist mehr als die armjelige Herabsetzung des Getreidezolles gegenüber Oesterreich von 5 auf 3 1/2 M., welche im neuen Handelsvertrag festgelegt worden ist.

Was Deutschland anbetrifft, so beabsichtigt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, eine Interpellation an die Regierung zu richten, des Inhalts: was die Regierung in anbetragt der in kaumwärtiger Weise steigenden Getreide- und Brotpreise zu thun gedenke. Die Regierung wird sich wohl zur sofortigen Beantwortung der Interpellation herbeilassen müssen und es wird dann bei der Welpredung im Hause die Gemeinlichlichkeit der Lebensmittelsölle in wirksamer Weise hergelegt werden können.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

— Das nun vorliegende Gesammtergebnis der Stichwahl im 19. hannoverschen Wahlkreise stellt sich für den Fürsten Bismarck erheblich ungünstiger, als wir gestern es glaubten abschätzen zu dürfen. Derselbe hat nur 10544, also 3200 Stimmen weniger als sein Vorgänger erhalten. Auf Schmalfeld fielen 5486 Stimmen (1889: 6255).

81] Sand und Ring.

Roman von Anna Katharina Green.

[Nachdruck verboten.]

Mr. Ferris, der mit beinahe ängstlicher Aufmerksamkeit zugehört hatte, bemerkte nun lächelnd: „Jedenfalls eine scharfsinnige Reihe von Schlussfolgerungen. Nun aber lassen Sie hören, was Sie zu sagen haben, Hicory.“

Der leichte Ton, in welchem der Distriktsanwalt sprach, bewies, daß Byrds Argument nicht verfehlt hatte, Eindruck auf ihn zu machen. Hicory, der dies wahrnahm, erwiderte topfsitteln: „Ich kann's nicht widerlegen, Sir, da Mansells Fucht vom Hause seiner Tante fünf Minuten vor Zwölf mich verstummen macht. Er kann democh unschuldig sein, allerdings, allein wir vermögen nicht, es zu beweisen. Was mich anbetrifft, so kann ich nur sagen, daß meine Ansicht über diesen Mann sich gänzlich geändert hat: ich bin jetzt eben so sehr von seiner Schuldlosigkeit überzeugt, wie ich es ehemals von seiner Schuld gewesen.“

„Und was hat diese Wandlung hervorgerufen?“ fragte Mr. Ferris.

„Das kam so: Von dem Tage an, da ich ihn in der Waldhütte durch Miß Dare beschuldigen hörte, glaubte ich an seine Schuld, allein von dem Augenblicke an, da er die hegreiche Beweisführung seines Verteidigers selbst widerlegte, fühlte ich mich von seiner Schuldlosigkeit überzeugt.“ Einen Ausruf der Ver-

wunderung des Mr. Ferris beantwortete Hicory, indem er mit einem beträftigen Faustschlage auf den Tisch beteuerte: „Ich sage Ihnen, Craik Mansell ist schuldig. Er glaubt Miß Dare schuldig und hofft sie zu retten.“

„Indem er sich selbst dem Henter ausliefern für ihr Verbrechen?“ fragte der Distriktsanwalt.

„Nein, er glaubt, seine Schuldlosigkeit werde ihn erretten, trotz der Belastungsmomente, um deren willen er angeklagt ist.“

„Das ist nicht möglich,“ meinte der Distriktsanwalt, „denn Mansell hat die einzige Entlastung, die ihm erübrigte, selbst junichte gemacht.“

„Im Gegenteile beweist eben dies meine Behauptung,“ beharrte der ältere Detektiv. „Er ist entschlossen, Miß Dare auf jede Weise zu retten, mit Ausnahme einer falschen Selbstanklage. Dieser Mann will nicht lügen.“

„Und Miß Dare ist schuldig?“ rief Byrd.

„Ich will Ihnen das in derselben Weise klarmachen, als es Mansell klar geworden.“ Hicory ließ sich durch Byrds Geberde des Unwillens nicht irren machen und fuhr, jeden Satz betonend, fort: „Beginnen wir mit der Weiden Begegnung im Walde. Beide zürnen sie Mrs. Clemmens. Was thut sie? Sie schlägt sich die Hand an einem Baumstamme blutig und heißt ihn warten, denn oft schon habe sich das Geseß eines Menschen über Nacht gewandelt. Was soll das bedeuten? Mord? War's dies, so ging der Gedanke

von Miß Dare aus. Mansell kann dies nicht verzeihen, es prägt sich seiner Erinnerung ein, und als er von Mrs. Clemmens Ermordung hört, ist er überzeugt, sie habe die That vollbracht, um ihm zu dem notwendigen Gelde zu verhelfen.“

„Aber Hicory, all' dies setzt voraus, daß Mansell unschuldig sei, während wir Beweise vom Gegenteile haben,“ meinte Mr. Ferris. „Vergessen Sie nicht, daß er am 26. fünf Minuten vor Zwölf seiner Tante Haus verließ.“

„Ich will für jetzt nicht darauf eingehen, da es, wie Sie wissen, Sie, auch noch nicht bewiesen ist. Miß Dare hat's gefogt, aber nicht beschworen. Es ist nicht bewiesen gegen meinen Mann.“

„Sie glauben also, Miß Dare habe die Unwahrheit gesagt?“

„Das will ich nicht sagen, allein ich glaube, sein Thun ließe sich erklären, wüßten wir so viel davon, als er weiß. Doch ist's nicht meine Aufgabe, etwas zu erklären, das noch garnicht gegen ihn bewiesen ist.“

„Also halten wir uns an das Beweismaterial. Was ist's mit seinem Ring an Tbatorte?“

„Ganz richtig,“ erwiderte Hicory lächelnd, „er muß glauben, Miß Dare habe ihn dort verstreut, da er nicht wußte, daß sie ihm den Ring in die Tasche gesteckt.“

„Sie übersehen dabei, daß, da dies geschehen, er es war, der ihn im Speisezimmer verloren haben mußte,“ bemerkte Mr. Ferris ebenso lächelnd.



Zwischen der Regierung und dem Reichstage sind Verhandlungen angeknüpft worden über den Schluß der Reichstagsession. Man hofft, daß dieselben zu dem Ergebnis führen werden, daß der Reichstag noch vor Pfingsten geschlossen werden kann. — Die Reichstagsession vom 1. Mai begann mit einem kleinen Nachspiel zu der tags vorher stattgehabten Jubeldebatte. Liebermann v. Sonnenberg verlas vor der Tagesordnung eine Erklärung, wonach er als junger Offizier in Badercherade geraten sei, weil er einem jüdischen Kameraden aus Gefälligkeit ein Blanto-Accept ausgehändigt habe, welches ihm später mit dem vielsachen Betrag zur Einlösung präsentiert sei. Er habe seinen Abschied genommen und in verhältnismäßig kurzer Zeit seine Verpflichtungen bezahlt und darüber eine General-Quittung in Händen. Als Antwort legte Michler einfach ein Bündel Akten auf den Tisch des Hauses nieder. Aus diesen Akten ergibt sich, daß — laut einem gerichtlichen Erkenntnis vom 19. November 1883 — die Behauptung Liebermanns, er habe die Ehrenschweife eingelöst, unwahr ist, und zweitens, daß die Wechselverbindlichkeiten nicht etwa lediglich aus einem Gefälligkeitsscept für den Deutmann L. herrühren. Auch ergibt sich aus dem Aktenstück u. a. die interessante Thatsache, daß Herr Liebermann zehn Jahre „latitiert“ hat, d. h. vom Gericht nicht aufgefunden werden konnte.

Der Vlag des Abg. Windthorst ist von dem Abg. Orterer (bayerische Zentrumspartei) eingenommen worden, während Abg. v. Hellendorff den Vlag Molles belegt hat. — Fürst Bismarck findet also beide Plätze besetzt vor.

Der Abgeordnete Schulz-Lupitz sprach im Reichstage der Regierung den Dank des bairischen Vaterlandes für das Zusammengehen mit Fritz Rüfenmann aus. Die Agrarier sehen wohl in Rüfenmann einen Mann, würdig ihres Gleichen zu sein.

Aus Anlaß der Verlautbarung über die Dotation aus dem Welfenfonds an den Minister v. Boetticher soll, wie man sich in parlamentarischen Kreisen erzählt, der Kaiser nicht bloß in dem bereits erwähnten Handschreiben an den Minister v. Boetticher, sondern auch in einem direkten Handschreiben an den Reichszantler Fürsten Bismarck sich in scharfen Ausdrücken über das Verhalten des Fürsten Bismarck tadelnd ausgeprochen haben.

„Arbeitervertreter“ nach dem Herzen der Herren Unternehmer. Aus Vochum wird verschiedenen Zeitungen geschrieben:

Der Vorstand des Knappschafts-Bereins verendet an die Zeitungen eine Mitteilung, nach welcher die im Vorstande des Vereins vertretenen Bergarbeiter ihre Zustimmung dazu gegeben haben, daß die Paragrafen der Vereinsstatuten, welche die wirtschaftlich Feiern mit Verlust der Mitgliedschaft bedrohen, gegen die jetzt ausstehenden zur Anwendung kommen.

Eine klassifizierte Satire auf die Arbeitervertretungen in den Unternehmer-„Organisationen“ für Arbeiter läßt sich nicht denken. In die Verwaltung der Knappschafts- und ähnlicher Arbeiter-Organisationen gegen die Arbeiter werden nur solche „Arbeiter“ gewählt, die militärröhmlich nach der Pfeife der gestrengen Herren „Arbeitgeber“ tanzen. —

Italien.

Soweit die Nachrichten vorliegen, ist die Mai-feier überall großartig und in Ruhe verlaufen. Nur in Rom ist es bedauerlicherweise zu Unruhen gekommen. Nach der folgenden Schilderung der „Volksz.“ tragen Anarchisten in dem Krawall die Schuld, auch dürfte die Polizei nicht schuldlos sein.

Rom, 1. Mai, nachts. Die Kammer hatte die Africa-Debatte kaum begonnen, als die Nachricht von dem Geschehen und zugleich der Abgeordnete Rossi eintraf, welcher darüber sofort eine Anfrage an den Minister des Innern richtete.

„Wenn ich auch zugeben mag, daß er ihn dort verloren habe, so gebe ich doch nicht zu, daß er Mrs. Clemmens erschlagen hat. Ich spreche jetzt nur von seinen Verdachtsgründen. Als er vom Funde des Ringes gehört, mußte sich sein Verdacht gegen Mrs. Dare richten, und nichts ist geschehen, diesen zu entkräften.“

„Wie aber soll sich Ihr Schützling Manfell erklären, daß Mrs. Dare das Verbrechen begangen habe, um ihm 5000 Dollars zu verschaffen, und daß sie alsbald ihn darauf des Mordes beschuldigt und Zeugschaft gegen ihn ablegt?“

„Man kann von Frauen nicht dieselbe Folgerichtigkeit erwarten wie von Männern. Sie raffen sich in einem Augenblicke zu einer großen Verzweiflungsthat empor und geben sich im nächsten die größte Mühe, sie durch Lügen zu verhehlen.“

„Auch Männer thun dies, warum also nicht auch Manfell?“

„Ich will Ihnen nur darlegen, weshalb Manfell Mrs. Dare für schuldig hält. Lassen Sie mich fortfahren. Was thut er, als er die Ermordung seiner Tante erfährt? Er führt einen dicken Strich über die Photographie Mrs. Dares und notet ihre Briefe mit einem schwarzen Bande zusammen, als sei sie tot, gestorben für ihn. Und nun die Szene im Bahnhof von Syracuse. Die Regelbetri beweist nach beiden Seiten hin, Mr. Byrd. Mrs. Dare verließ ihr Heim, um sich in ihren Zweifeln Gewißheit zu verschaffen,

Nicola antwortete: Die Haltung der Volkstruppe war überaus langsam. Eine größere Geduld war unmöglich. Das Meeting an sich war unbedeutend. Das Verhör der Anarchisten war die unglücklichsten Brandreden und kühnsten Jargon der Lust für die nächste Zukunft an. Man ließ sie dennoch ruhig reden. Das Meeting war beendet. Da stieg ein Unbekannter auf die Tribüne. Man wollte seinen Namen wissen. Er antwortete: „Ich bin Anarchist.“ Darauf schrie er: „Gendarm! Gendarm!“ und sprang auf einen Gendarmen zu, welcher ihn faßte, aber von einem anderen Anarchisten erlöst wurde. Der Hölle diene die Polizei mit Steinen. Was nun folgte, war zur natürlichen. Die Polizei machte eine Wache und es wurden einige verurteilt. Die Schuld an dem Vorgang trifft einige wenige Verbrecher, welche sich herbei in Gemüthsfinden.“ (Beifall.) Rossi gibt die Maßlosigkeit der Anarchisten und die Steinwürfe zu. Aber auch die Polizei habe nicht die nötige Mühsung beobachtet. Er sein kein Anarchist, er beahnde die heutigen Volkstheorien, er verfidere aber, daß ein vernünftiges Wort genügt hätte, ihnen ein Ende zu legen. Nicola ruft: Nicht wahr? Die Behörde hätte die Brandanschlagungen von 300 Wagnissen buhlen sollen! Nehmen Sie sich doch dieses Gefindel nicht so zu Herzen! Rossi wundert sich über die Worte des Ministers: „Ein Offizier rief: Soldaten, schießt die Kanalle über den Haufen! Was das recht?“ (Rufe: O ja! ausgezeichnet!) Nicola entgegnete: „Sprecher Herr Rossi! Die Arbeiter haben überall in Italien musterhafte Ordnung gehalten. Die Schuld an dem Vorgang trifft einige wenige Verbrecher, welche sich herbei zu nehmen, wäre kränzlich.“ (Beifall.) Ferrasi jagt, ob der Minister wisse, daß ein Offizier dem Abgeordneten Barzilai zurück: „Nicht, nicht, Fräulein!“ und ihm einen Sabelhieb verleihe. Bonagi meldet eine Anfrage an über die Haltung der Behörden und der Arbeiter am 1. Mai. Nicola jagt: „Der Abgeordnete Barzilai wurde nur leidt an der Stirnhaut gerispt. Ich bitte, nicht zu übertrieben. Die Anfrage werde ich morgen beantworten.“

Rom, 2. Mai. Die Zahl der gestern hier Verhafteten beträgt etwa 200; dieselben werden sofort vor Gericht gestellt werden. Die Folgekammerarbeiten und das zur Herstellung der Ordnung mitwirkende Militär zählen zehn Verbundene, ein Gendarm erlag heute früh seinen Wunden. Von den Verurteilten, die an der Kundgebung teilnahmen, ist eine, die verurteilt und in das St. Johanns-Branntweinhaus gebracht war, gleichfalls in der Nacht verstorben. Heute zeigt die Stadt ihren gewohnten Ansehen, alle Läden sind offen, überall herrscht Ruhe.

Belgien.

Brüssel, 2. Mai. Janzon drückte gestern in der Kammer den an diesem Tage feiernden Arbeiter seine Sympathie aus und brachte den Vorschlag auf den Zehnjährigen für Grubenarbeiter ein. Ministerpräsident Vermeert trat hierauf für die Arbeitsfreiheit und die Freiheit in den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ein und lehnte jede Einschränkung in der Arbeitsfrage ab.

Die Regierung, die Kammermajorität und die privilegierte Bourgeoisie stemmt sich mit Händen und Füßen gegen das allgemeine Wahlrecht, und diese eigensüchtigen Faktoren tragen natürlich mächtig dazu bei, die schon hoch aufschwimmende Gährung zu verstillen. Der 20. April, bis zu welchem das Volk die Revision erledigt hoffte, ist verstrichen, und noch zögert und zaudert man in einer geradezu aufreizenden Weise. Man fürchtet das allgemeine Wahlrecht, weil jene Bourgeoisie der Erde so viel Sünden an den Arbeitern auf dem Gewissen hat, wie die belgische. Schon erklärt ein französischer Journalist im „Figaro“, die belgischen Sozialisten wollten durch das allgemeine Stimmrecht ihre sozialistischen Pläne durchführen: Naturalisierung von Grund und Boden, von Bergwerken und Fabriken, überhaupt von jedem Arbeitsmaterial. Das werde einen hübschen Brand geben, der auch die Nachbarstaaten anzuleiten drohe, und diese Gelegenheit werde der deutsche Kaiser zu bewaffnetem Einschreiten benützen. Der Tripelallianz-Vertrag habe ohnehin eine geheime Klanel, welche die Verbündeten zum gemeinsamen Auftreten gegen den Sozialismus verpflichte; Deutschland werde zuerst auf dem Platze sein, durch eine Intervention in Belgien sich selbst vor dem Sozialismus zu retten. (?) Was werde Frank-

reich thun in dem Falle, daß eine deutsche Armee in Belgien einzieht? Werde es diese Verletzung der Verträge dulden und so seine Ohnmacht erklären, oder werde es gleichfalls nach Belgien marschieren und so den allgemeinen Krieg entzünden? — Es ist der alte Bauwau, der hier aufmarschieren muß, um das gute Recht zu unterdrücken und zu unter schlagen. — Doullanger ist in Brüssel eingetroffen, um sich dort dauernd niederzulassen.

Freitag.

112. Sitzung vom 1. Mai, 2 Uhr.

Nach einer Erklärung des Abg. Liebermann v. Sonnenberg, und der Erwiderung des Abg. v. Ransch (politische Redaction), begann das zweite Beratung der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz. Die Novelle ist mit kleinen Änderungen von der Kommission angenommen worden, jedoch die geforderte Erhöhung des Branntweinpreises auf 150 R. in der Form, daß für Vöhr und Branntwein in Flaschen der Zoll 180 R. betragen, dagegen für Branntwein in Fässern auf 125 R. festzu bleiben soll.

Nach Art. 1 sollen bei der erstmaligen Neubemessung der Jahresmenge Branntwein, welche die einzelnen Brennereien zu niedrigeren Abgabefußungen bestellen dürfen, für die kleineren landwirtschaftlichen Brennereien, welche an einem Tage im Durchschnitt der letzten drei Jahre nicht mehr als 1050, im ganzen Jahre nicht mehr als 26750 Liter Stoffmenge umfassen, die in Anrechnung zu bringen den Jahresmengen ein einjähriger Erhöht werden.

Die feststimmte Betrag beantragt in Artikel 1, die Aufhebung des doppelten Steuerfußes von 50 und 70 Pfennige auszusprechen und einen einheitlichen Steuerfuß von 50 Pfennige festzusetzen.

Abg. Barth und Stadtjugend befürworteten diesen Antrag, während der deutsch-konservative Abg. Graf v. Reiff-Schönberg in für Aufrechterhaltung der bisherigen Gesetzgebung eintritt.

Abg. Buhl befürwortet einen Antrag, wonach die Vergünstigung des Artikels 1 auf alle landwirtschaftlichen Brennereianwendung finden soll, welche in seinem der letzten drei Jahre mehr als 26750 Liter demaisht haben. Der Antrag behne den Kreis der Brennereien nur erheblich aus, komme aber einigen Brennereien zu gute, welche nach dem Text der Kommissionsfassung leer auszugehen müßten.

Abg. v. Schallheim (Zentrum) stellt den Antrag, zu Art. 1 als Art. 2 beizufügen: „Die zu niedrigerem Abgabefuß in Rechnung gestellten Mengen solcher Brennereien, welche einem Befizer gehören und nicht mehr als 7 Kilometer von einander entfernt sind, können in einer dieser Brennereien hergestellt werden. Die Erlaubnis dazu erteilt auf Antrag des Befizers der Finanzminister der Landesregierung.“

Staatssekretär v. Raigahn: Der Antrag Barth will eine so grundsätzliche Änderung, daß er Aussicht auf Annahme seitens der Regierung nicht haben würde. Das Gleiche gilt von dem Antrage v. Schallheim, der mit den 1888 von dem Bundesrat festgelegten Verteilungsbedingungen für das Kontingent in Widerspruch steht. Der Antrag Buhl würde zunächst auf seine Bedeutung zu prüfen sein, er scheint nicht ganz unbedeutend.

Abg. Ransch (frei.) erklärt, mit einem großen Teile seiner Freunde für die Anträge Buhl und von Schallheim stimmen zu wollen.

Abg. Sng (Zentr.) befreit, daß ein Gewicht von 40 Mill. nachgewiesen werden kann. In der Abstimmung wird, nachdem noch einige Redner gesprochen haben, der Antrag Buhl angenommen, der Antrag v. Schallheim abgelehnt, desgleichen der Antrag Barth, für welchen die Sozialdemokratie, die Volkspartei, die Freireimigen und der Abg. Wier stimmen. Art. 1 wird darauf mit dem Antrage Buhl angenommen.

Nach Art. II Nr. 1 der Kommissionsbeschlüsse soll die steuerliche Kontrolle der Brennereien und Branntwein-Reinigungsanstalten mit Einschluß der bei denselben befindlichen Privat-läger gebührenfrei erfolgen.

Abg. Witte (frei.) will in diese Fassung auch die Privat-läger für inländischen feuerpolizeilichen Branntwein einschließen.

Staatssekretär v. Raigahn bezieht den Antrag als über die Beschlüsse der Kommission, mit welchen sich die Regierung einverstanden erklären könne, hinausgehend und nicht acceptabel.

Abg. Hartmann: Der Antrag Witte sei wegen seiner finanziellen Konsequenzen abzulehnen.

Abg. Vender (Zentr.) befürwortet einen Antrag, wonach in

darum, und was nun folgte, müßte geschehen. Er will das Leben, das sie von sich wirft, nicht annehmen. Er ist schuldlos, allein seine Verteidigung beruht auf einer unwichtigen Annahme.

„Manfell deckt die Wahrheit darüber auf,“ fuhr Sidney fort, „und überläßt es den Geschworenen, zu urteilen. Es ist zweifellos, daß Vieles in seinem Thun nur dadurch zu erklären ist, daß er Mrs. Dare für die Mörderin hält, so z. B. seine Verhüllung ihres Gesichts auf dem Photographie. Eines aber möchte ich Ihnen, Sir, und Ihnen, Mr. Byrd, ans Herz legen: Wenn sich auch der geringste Beweis nur dafür ergibt, daß Craik Manfell zu irgend einer Zeit nach der Mordthat annahm, Mrs. Dare habe dieselbe vollbracht, so genügt dies, seine Schuldlosigkeit zu beweisen. Diese tritt dann ganz natürlich zu tage, denn der Schuldige kann nie und nimmer an dieselbe Schuldübung einer anderen Person glauben.“

„Das gebe ich ja!“ rief Mr. Ferris, lebhaft ange-regt. „Allein wir müßten Mrs. Manfell in die Seele blicken können, um zu wissen, was er glaubt.“

„Nein, wir brauchen nur auf sein Verhalten zu blicken,“ warf Sidney ein. „Schon der Strich auf dem Photographie genügt. Gestern verlangte er heiß das Mädchen zur Frau zu gewinnen, h ute entließ er ihr Wort. Warum? Sie hat ihn nicht verlegt. Kein Bild, keine Zeile wurde zwischen ihnen gewechselt, die ihn dazu veranlassen könnte.“

(Fortsetzung folgt.)

